

Wahlprüfsteine Familienbildung in Rheinland-Pfalz

1. Familien brauchen Verlässlichkeit – Verlässliche Strukturen fördern statt Projektlogik

Damit Familienbildungsstätten Familien verlässliche Strukturen bieten können, braucht es eine stabile Grundfinanzierung, keine befristeten Inseln und Projektitis.

Begründung: Familienbildungsstätten sichern mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften soziale Teilhabe, Bildung und Begegnung. Viele Einrichtungen arbeiten unter unsicheren Bedingungen, weil Förderungen oft projektbezogen und zeitlich befristet sind.

Forderung: Das Land muss eine verlässliche, mehrjährige Grundfinanzierung sicherstellen und Familienbildungsstätten strukturell fördern, nicht nur über Projekte.

2. Standortfaktor Familie – Familienbildung wirkt still und kraftvoll

Wo Familien stark sind, bleibt Rheinland-Pfalz attraktiv.

Begründung: Familienfreundlichkeit ist Wirtschaftsfaktor und Standortvorteil.

Familienbildungsstätten unterstützen Fachkräfte, erleichtern Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stärken das Zugehörigkeitsgefühl.

Forderung: Familienbildung muss als Bestandteil von Standort- und Regionalpolitik verstanden und in Entwicklungsstrategien auf Landes- und Kreisebene verankert werden.

3. Prävention gezielt stärken – Familienbildung stärkt, bevor es knirscht

Familienbildung wirkt, bevor Probleme entstehen. Prävention beginnt dort, wo Familien ihren Alltag gestalten. Investitionen in präventive Angebote sind Investitionen, die sich mehrfach auszahlen.

Begründung: Frühe Unterstützung, lebensbegleitender Austausch und Begleitung von Familien fördern Kinder, entlasten Familien und verhindern spätere Krisen. Sie tragen zur Gesundheit, Bildungsgerechtigkeit und sozialen Stabilität bei und können auch entlastend in anderen Systemen, wie Kita, Schule usw. wirken.

Forderung: Landesförderung soll präventive und niedrigschwellige Angebote gezielt unterstützen und damit langfristige gesellschaftliche Folgekosten vermeiden.

4. Flächendeckende Angebote ermöglichen Begegnung und Zusammenhalt

Familienbildung verbindet in Stadt und Land. Ihre Angebote müssen verlässlich und erreichbar sein.

Begründung: Familienbildungsstätten schaffen Räume, in denen Menschen sich begegnen, voneinander lernen und Gemeinschaft erleben. Unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialem Hintergrund. Sie sind Knotenpunkte sozialer Infrastruktur.

Forderung: Land und Kommunen müssen gemeinsam in den Ausbau wohnortnaher Angebote investieren und sicherstellen, dass wohnortnahe Familienbildungsangebote flächendeckend und barrierefrei zugänglich bleiben in Stadt und Land.

5. Familienbildung ist eine Investition - Mehr Wirkung pro Euro

Mehr Landesmittel schaffen mehr Wirkung. Familienbildung ist Investition, kein Zuschuss.

Begründung: Das Land investiert aktuell weniger als **1,50 € pro Familie und Jahr** in Familienbildungsstätten.

Dabei wirkt jeder Euro mehrfach: Er stärkt Familien, fördert Ehrenamt, Bildung und Teilhabe. Aber vor allem akquirieren die Familienbildungsstätten weitere Mittel, die in Projekten, Sozialrabatten uvm. den Familien in RLP zu Gute kommen.

Forderung: Die Landesförderung deutlich erhöhen, um den gesellschaftlichen Mehrwert, die Nachhaltigkeit und Hebelwirkung der Familienbildung langfristig zu sichern.

6. Planungssicherheit: Verlässliche Förderung für verlässliche Strukturen

Sicherheit für Träger und Vereine heißt Sicherheit für Familien. Mehrjährige Förderzusagen und weniger Bürokratie sichern Engagement und Qualität.

Begründung: Viele Träger sind eingetragene Vereine, getragen von Ehrenamt, gestützt durch hauptamtliche Mitarbeitende. Häufige Förderanträge und komplizierte Verfahren binden Ressourcen und gefährden Engagement. Planungssicherheit entscheidet über Bestand und Qualität.

Forderung: Das Land soll mehrjährige Förderzusagen ermöglichen, Verfahren vereinfachen und Bürokratie abbauen, um Träger zu entlasten und Qualität zu sichern.

7. Demokratie beginnt in der Familie - Werte werden gelebt, nicht gelehrt!

Familienbildung gehört in die Demokratiebildung des Landes. Hier werden Werte vorgelebt, miteinander gelebt und gestärkt. Für eine menschliche Haltung in RLP!

Begründung: In Familien werden Respekt, Verantwortung und Mitgefühl eingeübt. Familienbildung unterstützt und begleitet diesen Prozess als Lernorte der Demokratie durch gelebten Dialog, Teilhabe und Vielfalt.

Forderung: Familienbildung soll als fester Bestandteil der Demokratiebildung und Integrationspolitik des Landes anerkannt und gefördert werden.

8. Weniger Bürokratie – Bessere Zusammenarbeit für mehr Effizienz

Familienbildung braucht abgestimmte Politik. Ministerien, Kommunen und Träger müssen besser zusammenarbeiten.

Begründung: Familienbildung ist eine Querschnittsaufgabe zwischen Bildung, Sozialem, Gesundheit und Integration. Oft wirken Ministerien und Ebenen nebeneinander statt miteinander, dies verursacht mehr Bürokratie und weniger Klarheit für die Einrichtungen.

Forderung: Die Landesregierung soll ressortübergreifende Strategien und abgestimmte Förderstrukturen schaffen, um eigene Ressourcen besser zu nutzen und Familienbildung wirksamer zu gestalten.

Abschließende Kernbotschaft

In der Familie fängt alles an!

Sie ist Ursprung unseres Miteinanders und unserer Gemeinschaft. Hier beginnen Veränderungen.

Familienbildung ist kein „Nice-to-have“!

Familienbildung ist zentrale Infrastruktur für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Fachkräftesicherung und Demokratiebildung.

Was Familien und Familienbildung brauchen?

Verlässliche Förderung, politische Anerkennung und gemeinsames Handeln.

Familienbildung in Rheinland-Pfalz muss auch in Zukunft verlässlich Familien begleiten, unterstützen und stärken.

Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der katholischen Familienbildungsstätten in Rheinland-Pfalz

1. Vorsitzende: Stefanie Lange, Kath. Familienbildungsstätte Andernach e.V.

2. Vorsitzende: Jana Sand, Kath. Familienbildung im HPH Ludwigshafen

Beisitzerinnen: Brigitte Maria Facco, Kath. Familienbildungsstätte Pirmasens

Christine Kläser, Kath. Familienbildungsstätte Bad Neuenahr-Ahrweiler e.V.